

Deindustrialisierung und der Kampf um ArbeiterInnenselbstverwaltung

Lehren vom Balkan¹

MICHAEL G. KRAFT / SEBASTIAN LASINGER²

„Das Ende der Marktwirtschaft könnte den Anfang einer Ära nie dagewesener Freiheit bedeuten. [...] Regelungen und Kontrolle könnten Freiheit nicht nur für die wenigen, sondern für alle verwirklichen; Freiheit nicht nur als ein schon vom Ansatz her pervertiertes Recht der Privilegierten, sondern als ein verbrieftes Recht, das weit über die engen Grenzen des Politischen in die innere Struktur der Gesellschaft schlechthin reicht.“

POLANYI 1978: 339

EINLEITUNG UND HINTERGRUND

Die Staaten des ehemaligen Jugoslawiens haben über die letzten 20 Jahre einen gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Wandel durchgemacht, der in der wissenschaftlichen Literatur gemeinhin als

1 Vortrag bei der Konferenz Momentum12: Demokratie, Track #7: Demokratie und Ökonomie, September 2012, Hallstatt, Oberösterreich.

2 <http://www.meta-don.org/newborder/>, michael.kraft@gmx.at, sebastian.lasinger@jku.at

„Transformation“ bezeichnet wurde. Eine Transformation, an deren Ende, so die sich seit 1989 ausbreitende Erzählung, Freiheit und Wohlstand stehen und Fleiß, Anstrengung und zeitweilige Entbehrungen letztendlich belohnt werden. Während also neoklassische Ökonomen noch immer von einem „Konvergenzprozess in Europa“ sprechen, geht die soziale Kluft sowohl zwischen europäischem Zentrum und Peripherie als auch den unterschiedlichen Gesellschaftsschichten innerhalb der Nationalstaaten immer weiter auseinander. Der Fehler dafür sei aber weniger im System selbst zu suchen, so die Mainstream-ÖkonomInnen, sondern in der imperfekten Umsetzung freier Märkte, politischer Einflussnahme, korrupter Klientelpolitik und ethnischen Konflikten, die ihren Höhepunkt in den Wirren der Balkankriege fanden.

Tatsächlich zeichnete sich der „postsozialistische“ Übergang hin zu einer freien Marktwirtschaft in den vergangenen zwei Jahrzehnten durch die verheerenden Wirkungen neoliberaler Politik aus. Trotz hoher Wirtschaftswachstumsraten in Boom-Phasen spitzt sich, wie auch in den westeuropäischen Ländern, das Verhältnis der Entlohnung der Faktoren Arbeit und Kapital sowie die Verteilung der Einkommen immer mehr zu.³ Anstatt von Freiheit von Wohlstand sind immer mehr Menschen mit Armut konfrontiert und müssen in der Schattenwirtschaft ihr Überleben sichern.⁴ Freiheit hat sich, wie Polanyi 1944 schrieb, auch am Balkan wohl nur als „pervertiertes Recht der Privilegierten“ manifestiert. Denn die Versprechungen konnten in der Realität nur von denen eingelöst werden, die bereits über ökonomisches und politisches Kapital verfügten. Sie müssen folglich als hegemoniale Erzählungen einer Elite interpretiert werden, die selbst von dieser Transformation am meisten profitiert.

3 Der Einkommensanteil der obersten 10% stieg in Kroatien von 23,2% im Jahr 2004 auf 27,5% im Jahr 2008 (<http://data.worldbank.org/indicator/SI.DST.10TH.10/countries/HR?display=graph>).

4 Gemäß Daten der Weltbank ist der Prozentsatz von Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, in Serbien von 6,1% (2008) auf 9,2% (2010) angestiegen (<http://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.NAHC/countries/RS?display=graph>).

Spätestens seit 2008, als auch die globale Krise den Balkan mit voller Wucht erfasste, wurden die Risse in dieser hegemonialen Erzählung immer deutlicher. Zwar sind diese Erfahrungen neoliberaler Strukturanpassungspolitik am Balkan keineswegs neu, doch verstärken die jüngsten Implementierungen der Austeritätsprogramme mit hoher Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, (korrupten) Privatisierungen öffentlichen Eigentums, die Einführung von Flat-Tax Regimen und New Public Management Konzepten, etc. diese Tendenzen noch zusätzlich. Damit ist das harmonische Zusammenspiel von liberaler Demokratie und freiem Markt zutiefst in Frage gestellt – demokratische (Freiheits-)rechte werden sukzessive zugunsten einer enggefassten, ökonomischen Rationalität im Dienste einer kapitalistischen Elite geopfert. Und so scheint die von Polanyi getroffene Einschätzung aktueller denn je:

„Bei den Liberalen sinkt damit die Freiheit bloß zu einer Befürwortung des freien Unternehmers herab [...] Dies bedeutet die Fülle der Freiheit für jene, deren Einkommen, Muße und Sicherheit keiner Steigerung bedürfen, und einen kümmerlichen Rest von Freiheit für das Volk, das vergeblich versuchen mag, seine demokratischen Rechte dazu zu benützen, um sich Schutz vor der Macht der Besitzenden zu verschaffen.“ (Polanyi 1978: 339f)

Vor diesem Hintergrund haben sich über das letzte Jahrzehnt hinweg zahlreiche Graswurzelbewegungen am Balkan formiert und erst kürzlich erfasste angesichts zunehmend ökonomischer und sozialer Marginalisierung breiter Bevölkerungsschichten eine Streikwelle die Region. Diese Bewegungen weisen auf die offensichtliche Diskrepanz zwischen (diskursivem) Ideal und erschütternder Realität hin und fordern alternative Partizipationsmodelle sowie radikale, systemweite Veränderungen ein.

ARBEITERINNENSELBSTVERWALTUNG UND DIREKTE DEMOKRATIE AM BALKAN

In den letzten Jahren haben unterschiedliche Arbeitskämpfe und -proteste den Balkan überzogen, auf die wir an dieser Stelle nicht näher

eingehen können.⁵ Als Antwort auf korrupte Privatisierungen, neoliberale Politik und oftmals jahrelang nicht ausbezahlte Löhne formierte sich 2008 auch in Serbien eine multiethnische ArbeiterInnenbewegung, welche dagegen kämpft, die Kosten für die ökonomische Restrukturierung nach Jahren vorherrschender Korruption zu bezahlen. In den letzten Jahren wurden über 30 Streikaktionen durchgeführt. Dabei beteiligten sich rund 30.000 ArbeiterInnen von ca. 40 bis 45 Unternehmen in Straßenblockaden, Rathaus- und Polizeibesetzungen, öffentlichen Demonstrationen, Hungerstreiks, etc. (vgl. Upchurch und Marinković 2010). Um die Vernetzung der verschiedenen Aktionen und der einzelnen Akteure und Akteurinnen zu unterstützen, bildete sich 2003 die Bewegung Freedom Fight⁶. Das Kollektiv Freedom Fight vernetzt die unzähligen fabrikweiten Arbeiter/-innenproteste und -streiks und kämpft gemeinsam gegen die Privatisierungen ehemaliger sozial verwalteter Unternehmen. Ziel dieser Bewegung ist es u.a. die Betriebe wieder in die Hände der Arbeiter/-innen zurück zu geben. Viele der damals geführten Arbeitskämpfe waren kurzfristig erfolglos und die Unternehmen wurden liquidiert, doch gelang es den ArbeiterInnen in Zrenjanin das Pharmaunternehmen Jugoremedija unter quasi-ArbeiterInnenselbstverwaltung zu stellen.

In Anbetracht der Entwicklungen in Serbien lautet daher die zentrale Frage, ob diese jüngsten Entwicklungen in Serbien als Teil eines alternativen Modells von Wirtschaft und Gesellschaft aufgefasst werden können und inwiefern dadurch Geografien der Solidarität und partizipatorische Alternativen zum gegenwärtigen kapitalistischen Mainstream ausmachbar sind. Denn während der emanzipatorisch-partizipatorische Ansatz der (Arbeiter/-innen-)Selbstverwaltung in den westlichen Industriestaaten heute als überholtes, der vollkommenen Entfaltung der „Marktkräfte“ entgegenstehendes Konzept angesehen wird, wird er in Serbien erneut praktiziert. Dabei soll kritisch hinterfragt werden, inwiefern es sich hierbei tatsächlich um emanzipatorische Alternativen handelt oder wir es nur mit bitteren Abwehrkämpfen zu tun haben.

5 Für eine ausführliche Darstellung siehe den im Frühjahr 2013 erscheinenden Sammelband von Kraft (Hg.) „Soziale Kämpfe am Balkan“, Mandelbaum: Wien.

6 Siehe <http://www.freedomfight.net> sowie <http://pokret.net/cms/>

Der Fall Jugoremedija

Der Kampf um Selbstverwaltung im Pharmaunternehmen Jugoremedija in Zrenjanin ist wohl einer der gegenwärtig bekanntesten und erfolgreichsten in der jüngeren Geschichte des Balkans. Er datiert zurück bis in das Jahr 2003, als ein korrupter Investor den Staatsanteil des Unternehmens erwarb und das profitable Unternehmen in den Ruin treiben wollte. Die ArbeiterInnen von Jugoremedija haben seither gegen Polizeiübergriffe, einen korrupten Staat und korrupte Investoren gekämpft und konnten die KleinaktionärInnen davon überzeugen, dass ArbeiterInnen ihre Fabrik auch selbst führen können. Im Dezember 2006 entschied das Höhere Wirtschaftsgericht in Belgrad, dass die Rekapitalisierung von Jugoremedija illegal war und daher nichtig ist. Nach einer neunmonatigen Fabriksbesetzung und einem zweieinhalb Jahre andauernden Streik wurde Jugoremedija im März 2007 zum ersten selbstverwalteten Betrieb in Serbien seit dem Zusammenbruch Jugoslawiens (Grubić, 2010: 185-8).⁷ Jugoremedija ist damit zum Symbol für ArbeiterInnenkämpfe in Serbien geworden. Das Beispiel zeigt,

„dass Solidarität und ausdauernder und kluger Aktivismus über machtvolle Feinde wie Jovica Stefanović und die Staatsadministration triumphieren können.“ (Srećković und Zlatić 2011: 205)

Im folgenden Kapitel wollen wir die Forderungen der serbischen ArbeiterInnen im Hinblick auf die Konzepte Selbstverwaltung und soziale Transformation genauer untersuchen.

Themen, Ziele und Strategien der serbischen Arbeitskämpfe

Um ein besseres Verständnis für den Umfang und Ansatz dieser Proteste und Kämpfe um Selbstverwaltung zu erlangen, wurden im Rahmen von qualitativen Interviews die zentralen Forderungen, Maßnahmen und Ziele der ArbeiterInnen abgefragt. Abbildung 1 gibt einen

7 Für eine detaillierte Darstellung siehe Srećković und Zlatić 2011.

Überblick darüber. Dabei zeigt sich, dass es zwischen den einzelnen Zielen gewisse Spannungen und Widersprüchlichkeiten gibt und diese dem Grad nach sehr unterschiedlich sind (z.B. Selbstbestimmung vs. strategische Investoren). Tatsächlich, so muss interpretiert werden, wurde das Modell der Selbstverwaltung nicht aus gänzlich ideologischer Überzeugung gewählt, sondern es bat sich aufgrund der historischen Erfahrungen in Ex-Jugoslawien als Anknüpfungspunkt an. Es war eine gelegene Antwort auf korrupte Privatisierungen, Unternehmensschließungen, einer allgemeinen Deindustrialisierung und den Erhalt der Arbeitsplatz zu einem Zeitpunkt, als in einem neoliberalen Klima alle anderen Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Arbeiterschaft verwehrt wurden. Das entscheidende Moment im serbischen Arbeitskampf war wohl die ausgeprägte Identifikation der ArbeiterInnen mit ihren Unternehmen („wir kämpften um unsere Firmen und retteten sie“ (Bulatović et al., 2009)). Aber die Forderungen der ArbeiterInnen richteten sich nicht hauptsächlich gegen die kapitalistische Ausbeutung – obgleich dies auch Thema war – sondern auf das „Recht auf Arbeit“ und die „Arbeitsplätze zu sichern und auszubauen“.

Dies verdeutlicht auch die Aussage von Branislav Markuš von Jugoremedija

“Meanwhile a big amount of money has been invested – approximately 10 million euros. Our aim is to produce drugs according to European Union production standards, which we will then be able to sell all around the world.” (Bulatović et al., 2009)

Obgleich es sich bei diesen Arbeitskämpfen wohl zunächst um den Wunsch nach „fairen Privatisierungen“ und den Erhalt der Arbeitsplätze im Gegensatz zu einer weitreichenden soziopolitischen Transformation handelt, können diese Proteste sehr wohl ein Vehikel für weitreichendere gesellschaftliche Transformationen sein. Sie stellen insbesondere wichtige kollektive Lernprozesse dar (vgl. Freire 1996 und 1998). Wir werden diese Frage im Abschlusskapitel diskutieren.

Abbildung 1: Themen, Ziele und Strategien der serbischen Arbeitskämpfe⁸

Themen und Ziele	Formen/Strategien	Resultate
<p>Kollektive Entscheidungsfindung und Selbstbestimmung in Bezug auf den Arbeitsplatz</p> <p>Arbeitsplatzsicherheit und Würde</p> <p>(internationale) Solidarität</p> <p>Ethnische und Gendergerechtigkeit</p> <p>Kampf gegen die Korruption von Investoren, Staat und Gewerkschaften</p> <p>Gegen Ausbeutung</p> <p>Bessere Arbeitsrechte: Löhne, Pensions- und Gesundheitsversicherung, etc.</p> <p>Produktionskapazitäten ausweiten > Ziel ist eine "faire" Privatisierung</p> <p>Suche nach strategischen Investoren</p>	<p>Betriebsbesetzungen, Boykotte, Sachbeschädigungen</p> <p>Petitionen</p> <p>Gerichtsverfahren</p> <p>(Hunger-)streiks, Selbstverstümmelung, Selbstmord, Straßendemonstrationen und Proteste</p> <p>Arbeiterkooperative</p> <p>Vernetzung und gegenseitige Unterstützung der einzelnen Streiks</p> <p>Strategisches Wissen teilen</p> <p>Herausgabe einer Zeitschrift ('Z Magazine Balkans')</p> <p>Internationale Unterstützung von Intellektuellen (Noam Chomsky, Naomi Klein, Michael Albert, etc.)</p> <p>Verhandlungen mit politischen VertreterInnen</p>	<p>ArbeiterInnenselbstverwaltung (legales Eigentum der ArbeiterInnen und AktionärInnen)</p> <p>Schaffung eines Präzedenzfalls (gegen Korruption)</p> <p>Jobs mit Würde</p> <p>Die Forderungen in der Öffentlichkeit bekannt machen</p> <p>Gründung einer Partei (Ravno-pravnost)</p> <p>Teilhabe</p>

⁸ Basierend auf Interviews mit Ivan Zlatić (Sprecher der Bewegung Freedom Fight), Branislav Markuš (Mitglied des Coordinating Committee for Workers Protests in Serbia) und Zoran Bulatović (Vertreter der Textile Workers Association of Novi Pazar, Sjenica and Tutin).

HERAUSFORDERUNGEN UND TÜCKEN DER ARBEITERINNENSELBSTVERWALTUNG

Was die jüngere Diskussion zur ArbeiterInnenselbstverwaltung betrifft, so wird oft argumentiert, dass der langfristige Effekt der Bewegung begrenzt sei, da es sich um eine kleine Bewegung handle, die dem Wettbewerbsdruck des Marktes unterliege und mit internen organisatorischen Problemen zu kämpfen habe (vgl. Rubio Vega 2011). Am Balkan und insbesondere in Serbien werden antikapitalistische Alternativen zusätzlich dadurch erschwert, dass mit dem historischen Zusammenbruch des „jugoslawischen Systems“ und dem neoliberalen Befreiungsdiskurs von 1989 viele Menschen noch immer auf den kommenden Wohlstand warten und Entbehrungen in Kauf nehmen. Einer Umfrage von Upchurch (2006: 19f) zufolge, glauben nur 5% der Gewerkschaftsmitglieder in Serbien, dass Selbstverwaltung heutzutage sinnvoll wäre. Einige allgemeine Themen in der Umfrage von Upchurch (2006: 20) sind, dass

“self-management was condemned to failure, it conflicted with the goals of private ownership, was inefficient, produced technological backwardness and was an excuse by the management to fulfil its agenda”.

Anhand dieser Aussagen zeigt sich, wie schwierig es ist auf der Grundlage der ArbeiterInnenselbstverwaltung eine lebensfähige gesellschaftliche Alternative aufzubauen. Politische Eliten, soziale Institutionen und internationale Akteure preisen seit nunmehr 20 Jahren die Vorzüge und Überlegenheit des Marktes und verteufeln das System der Selbstverwaltung als zurückgeblieben, schwerfällig und ineffizient.

Dazu kommt, dass der Marktzwang die Spielräume einer Selbstverwaltung im Hinblick auf radikale Veränderung in der Produktion und der sozialen Verhältnisse empfindlich einengt, da derartige Kooperativen in ein globalkapitalistisches System eingebunden sind. Diese Marktzwänge limitieren auch die Möglichkeiten demokratischer Entscheidungsfindung und die interne Organisation (vgl. Baldacchino, 1990, Atzeni and Ghigliani 2007). Dies führt dazu, dass sich ArbeiterInnen in selbstverwalteten Betrieben oft mehr selbstausbeuten und die Notwendigkeit schneller Entscheidungsfindung oftmals wieder zu Spezialisierung und Arbeitsteilung führen (vgl. Atzeni and Ghigliani, 2007). Dadurch wird wieder eine Aufteilung von ExpertInnen und Ar-

beiterInnen geschaffen, wobei erstere die Entscheidungen treffen und letztere diesen passiv zustimmen. Hier besteht die Gefahr, dass die Arbeitsplatzdemokratie dadurch ernsthaft unterwandert wird.

Atzeni und Ghigliani (2007) zeigen in ihrer Studie zu selbstverwalteten Betrieben in Argentinien, dass nur sehr eingeschränkt die Möglichkeit zur Arbeitsplatzrotation besteht und mit Ausnahme der Keramikfabrik FASINPAT/Zanon hat keine der produktiven Einheiten eine derartige Rotation auch umgesetzt. Hier zeigt sich, dass, um der Idee der geteilten Verantwortung gerecht zu werden, die ArbeiterInnen Strategien entwickeln müssen, um mit den Marktzwängen umgehen zu können und diese nicht direkt auf ihre innere Organisation einwirken zu lassen.

Arbeiterkooperativen entstehen als Anomalien im kapitalistischen System. Die dominante Ideologie der herrschenden Klasse, die über die sozialen und kulturellen Institutionen verbreitet wird, befördert Werte die der ArbeiterInnenselbstverwaltung diametral entgegenstehen:

- Wettbewerb statt Kooperation,
- Ungleichheit in der Macht- und Ressourcenverteilung als Ansporn, harter zu arbeiten,
- Arbeit als Ware, die dem Kapital untergeordnet ist,
- hierarchische Institutionen und Arbeitsplätze,
- ungleiche Verteilung und Exklusivität von Wissen,
- Expertenwissen und
- repräsentative Demokratie (vgl. Baldacchino 1990)

Deshalb müssen die ArbeiterInnen auch den gesellschaftlichen Konsens in Frage stellen und die Herrschaft und Vorrangstellung der Eliten in Frage stellen. Die Logik der Unterwerfung muss durch eine Logik der Emanzipation und Konterhegemonie ersetzt werden. Eine derartige evolutionäre Veränderung der Machtverhältnisse, wird schließlich das häßliche Gesicht des Kapitalismus und dessen gebrochene Versprechungen von Wohlstand und Reichtum für alle enthüllen und an dessen Stelle werden graduell neue Formen der sozialen Organisation und Produktion treten. Gramsci ordnet in einem solchen Prozess dem “factory councils” eine entscheidende Rolle zu:

“The Factory Council is the model of the proletarian State [...] The Council is the most effective organ for mutual education and for developing the new social spirit that the proletariat has successfully engendered from the rich and living experience of the community of labour.” (Gramsci et al., 1977: 100)

Ein derartiger Wandel kann allerdings nur langfristig von statten gehen. Dazu Bedarf es vieler kleiner Beispiele, konterhegemonialer Bildung, und einem neuen Wertesystem, das von der Mehrheit der Menschen geteilt wird.

EXKURS: DIE ÖSTERREICHISCHEN KONSUMGENOSSENSCHAFTEN

In Österreich wurde der erste Konsumverein im Jahr 1856 als „*Wechelseitiger Unterstützungsverein der Teesdorfer Spinnfabrikarbeiter zur Beschaffung wohlfeiler Lebensmittel*“ (DRW:2011:1) gegründet. Die Textilarbeiter solidarisierten sich genossenschaftlich um ihre Nahrungsmittelversorgung zu gewährleisten und um ihre Abhängigkeit von Großhändlern zu verringern (Imlinger 2011:1, DRW:2011:1).

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts kommt es in ganz Europa zur vermehrten Gründung von Konsumgenossenschaften. Auch in Österreich findet die Genossenschaftsbewegung regen Zulauf und im Jahr 1888 organisieren sich bereits 53.201 Mitglieder in insgesamt 236 Konsumgenossenschaften. Das Näheverhältnis zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei entwickelt sich erst allmählich, zunächst weisen die Konsumgenossenschaften eine stark deutschnationale Prägung auf. Mit stetig steigender Zahl an Neugründungen (im Jahr 1904 sind 250.000 Mitglieder in 824 Konsumgenossenschaften organisiert) formieren sich auch innerhalb der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei die Befürworter der Genossenschaften (DRW:2011:2).

In der Zwischenkriegszeit wurde die Genossenschaftsbewegung insbesondere nach den Vorstellungen von Dr. Karl Renner als Teil eines gesamtgesellschaftlichen Konzepts der Sozialdemokratie verstanden. Als sogenannte *dritte Säule* neben Partei und Gewerkschaften sollten die Konsumgenossenschaften am Aufbau einer Alternative zur kapitalistischen Privatwirtschaft mitwirken (Knotzer 2002:114).

Der Umstand, dass Genossenschafter und ihre Unterstützer das Ziel dieser gesellschaftspolitischen Vision durchaus teilten, gleichzeitig aber auch „*gegensätzliche, sozusagen kapitalistische, Interessen verfolgter*“ (Knotzer 2002:114) um die Konsumvereine zu stärken, offenbart etwaige Widersprüche dieses Konzepts.

Die Gründung des *Zentralverbands österreichischer Konsumvereine* im Jahr 1904, dem nur 9 Jahre später schon an die 70 Prozent der österreichischen Konsumgenossenschaften angehörten, markiert den ersten Höhepunkt eines langandauernden Fusionsprozesse, der im Jahr 1978 durch den Zusammenschluss „*der 14 größten Konsumgenossenschaften Österreichs und ihrer zentralen Unternehmungen*“ (Knotzer 2002:126) in der Entstehung des *Konsum Österreich* gipfelt (Knotzer 2002:114).

Zwar entsteht mit dem *Konsum Österreich* eine Genossenschaft mit der beeindruckenden Anzahl von 717.000 Mitgliedern, einem Marktanteil von ca. 20 Prozent und einem Filialnetz von rund 800 Märkten, trotzdem ist die Gründung der *Konsum Österreich reg. Gen.m.b.H.* vorrangig auch als Reaktion auf die zunehmende Verschuldung einzelner Genossenschaften zu sehen (DRW:2011:3), (Knotzer 2008:111). Das der *Konsum Österreich* in den Jahren seines Bestehens von 1978 bis 1995 mit einer Ausnahme keinen operativen Gewinn ausweisen kann, verdeutlicht, dass die Fusion den negativen Trend nicht umzukehren vermochte (Knotzer 2008:114).

Den österreichischen Konsumgenossenschaften gelang es nicht ihren Vorteil gegenüber der privaten Konkurrenz (nach 1945 überwiegend Greißler), der in den Nachkriegsjahren vor allem in einem modernen Filialnetz bestand, ausreichend zu nutzen (Knotzer 2002:116). An den in den ersten Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg einsetzenden Innovationsschub, für den die Einführung des ersten Selbstbedienungsladens in Linz im Jahr 1950 und die Eröffnung des ersten konsumgenossenschaftlichen Supermarkt im Jahr 1964 beispielgebend sind und der die österreichischen Konsumgenossenschaften zum Marktführer im österreichischen Lebensmitteleinzelhandel aufsteigen ließ, konnte nicht mehr erfolgreich angeknüpft werden (Knotzer 2008:125).

Im Jahr 1995 war der *Konsum Österreich* schließlich gezwungen beim Handelsgericht in Wien den Ausgleich anzumelden. Die Schulden beliefen sich zu diesem Zeitpunkt auf rund 26 Mrd. Schilling. Damit ging die Insolvenz des Konsums als die bisher größte der 2. Republik in die Geschichte ein. Zuletzt waren bei *Konsum Österreich* an die 15.000 Mitarbeiter beschäftigt (Knotzer 2008:109), (Imlinger 2011:1).

Die Ursachen für die Insolvenz des *Konsum Österreich* sind mannigfaltig und können hier nur überblicksartig wiedergegeben werden. Oftmals herangezogene Erklärungsansätze finden sich in einem verfehlten Marketingansatz, einer verstärkt einsetzenden Deregulierung der Märkte, hohen Personalkosten, Geringachtung des Diskont-Konzepts und einer niedriger Rentabilität der Eigenmarken (Knotzer 2008:123-131).

Abschließend soll an dieser Stelle noch ein weiterer Punkt hervorgehoben werden. In der Literatur (siehe Schediwy 1991, Knotzer 2008) wird wiederholt betont, dass sich die Mitglieder der Genossenschaften zum Großteil „aus Partei-, Gewerkschaftsfunktionären, Beamten und Hausfrauen“ (Knotzer 2002:127) rekrutieren. Diese Gruppierungen würden in vielen Fällen einer „Utopie der Vergangenheit“ (Knotzer 2002:127) nachsinnen, die sie unzugänglich für „betriebswirtschaftliche Inhalte“ (Knotzer 2002:127) machen würde. Als direkte Konsequenz fände sich das Management in einer Position wieder, in der es überwiegend damit beschäftigt ist anstelle von ökonomisch sinnvollen Konzepten, „öffentlichkeitswirksame, politisch durchsetzbare Darstellungen“ (Knotzer 2002:127) zu produzieren.

Diese Schlussfolgerung vermag die tieferliegende Problematik nicht zu erfassen. Ohne die Anbindung an eine politische Bewegung die eine grundlegende Veränderung des vorherrschenden kapitalistischen Systems anstrebt, drohen jedwede nicht-ökonomischen Zielsetzungen von Genossenschaften als anachronistisch, den „betriebswirtschaftlichen Erfolg“ behindernde Einschränkungen herabgesetzt zu werden.

SCHLUSSFOLGERUNGEN (FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE UND INTERNATIONALE ARBEITERINNENBEWEGUNG)

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krise des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems müsste auch von westeuropäischen ArbeiterInnenbewegungen verstärkt nach Alternativen zum kapitalistischen Mainstream und seinen perversen Ausgrenzungsmechanismen gefragt und nach „einer Ära nie dagewesener Freiheit“ (Polanyi 1978: 339) gesucht werden. Diese Ansätze sind in den institutionalisierten Verbänden (Gewerkschaften, Parteien, Genossenschaften, etc.) derzeit allerdings nur sehr verhalten vorhanden. Viele hegen hier noch immer die Hoffnung, man könne den Kapitalismus zähmen und in die goldenen Zeiten des Sozialstaates zurückkehren. Offen artikuliert werden diese Forderungen derzeit nur von den zahlreichen sozialen Bewegungen wie Occupy Wall Street, Indignados oder dem Arabischen Frühling.

Grundlegende Alternativen müssten insbesondere folgende Themenkomplexe ansprechen:

- Partizipatorische Demokratie und Ökonomie
- Formen der Wirtschaftsdemokratie
- Genossenschaften formen, ohne aus den ArbeiterInnen „gute“ KapitalistInnen zu machen
- Ein sensibler bottom-up-Prozess, der tief in der Gesellschaft verankert ist und eine glaubwürdige Alternative darstellt
- Wie kann ArbeiterInnenselbstverwaltung als Ausgangspunkt und Vehikel für eine weitreichende soziale Transformation fungieren (Gramscis Konzept eines „war of position“)
- Zivilgesellschaft als ein umkämpftes Feld um Hegemonie
- Anhand konkreter politischer Emanzipationsprojekte und Proteste Alternativen und Räume des Widerstands aufzeigen und diese in der Gesellschaft verankern

- Die kapitalistische Hegemonie brechen und die Widersprüche in der hegemonialen Erzählung aufdecken⁹
- Keine Rückkehr in einen paternalistischen Sozialstaat

Trotz der kurz- und mittelfristigen Niederlagen und des manchmal nur blitzhaften Aufflackerns dieser Arbeitskämpfe sind strategisches Lernen und die Erfahrung anderer Formen der Interaktion, Organisation und Solidarität im gemeinsamen Kampf um soziale Transformation von immanenter Bedeutung. Sie können die Grundlage für eine langfristige gesellschaftliche Transformation darstellen und zukünftige Anknüpfungspunkte für soziale Kämpfe darstellen. Der Kampf der Jugoremedija-ArbeiterInnen

„ihre Fabrik wiederaufzubauen und weiterzuentwickeln, zeigt wie Verantwortung für Eigentum Friede und Verständnis unter Menschen fördern kann, selbst wenn es sich um gegensätzliche Standpunkte handelt, wie die von ArbeiterInnen und AktionärInnen, oder Streikenden und StreikbrecherInnen. Es scheint eine Gelegenheit für ein Land zu sein, dass erst vor kurzem in einen der blutigsten Kriege nach dem 2. Weltkrieg verwickelt war.“ (Srećković und Zlatić 2011)

Letztendlich kann dies jedoch nur ein kleiner, aber wichtiger Beitrag in einem globalen Emanzipationsprozess sein, der erst folgen muss. Für eine gerechtere Gesellschaft müssen sich die einzelnen Alternativen und AkteurInnen vernetzen, es muss von diesen Kämpfen berichtet sowie konterhegemoniale Institutionen aufgebaut und emanzipato-

9 Sklair (1995) identifiziert drei Säulen der globalen kapitalistischen Hegemonie: transnationale Konzerne (TNCs), die transnationale kapitalistische Klasse und die Kulturideologie des Konsumerismus. Während die politische und ökonomische Sphäre in der freien Marktwirtschaft auf Ausgrenzung abzielen, geht es in der kultur-ideologischen Sphäre um die totale Inklusion der Warenkonsumption, was die Kapitalakkumulation weiter vorantreibt. Tatsächlich erscheint diese Kulturideologie des „Menschenrechts auf Konsumismus“ heute eine der stärksten Säulen des neoliberalen Systems zu sein. Sklair kommt zu dem Schluss, dass trotz der Globalisierung des Kapitalismus es darauf ankomme, dem System lokalen Widerstand entgegenzubringen, der in einem weiteren Schritt globalisiert werden müsse.

rische Bildung umgesetzt werden. Dies wird ein langer und harter Prozess werden und es ist keineswegs klar wie er ausgehen wird, doch alles beim status quo zu belassen ist ohnehin keine Option.

LITERATUR

- Arandarenko, M. (2001) Waiting for the Workers: Explaining Labor Quiescence in Serbia. In S. Crowley & D. Ost eds. *Workers after workers' states: labor and politics in postcommunist Eastern Europe*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield, 159-79.
- Atzeni, M. & Ghigliani, P. (2007) Labour process and decision-making in factories under workers' self-management: empirical evidence from Argentina. *Work, Employment & Society*, 21, 653-71.
- Baldacchino, G. (1990) A War of Position: Ideas on a Strategy for Worker Cooperative Development. *Economic and Industrial Democracy*, 11, 463-82.
- Bulatović, Z., Markuš, B., Kraft, M.G., Bandi, N. & Vojvoda, A. (2009) Interview with Branislav Markuš (member of the Coordinating Committee for Workers Protests in Serbia) and Zoran Bulatović (representative of the Textile Workers Association of Novi Pazar, Sjenica and Tutin). Vienna: meta-D.O.N.
- DRW (2012) *dasrotewien.at*, S. 1-3 <http://www.dasrotewien.at/erster-niederosterreichischer-arbeiter-konsumverein.html> [Accessed 24.05.2011].
- Freedom Fight & Grubacić, A. (2010) New Rounds of Enclosure and Re-sistance: Fighting Notes from "Transitional" Serbia: Interview with Pokret za Slobodu (Freedom Fight Movement) [online]. <http://www.zcommunications.org/new-rounds-of-enclosure-and-resistance-fighting-notes-from-transitional-serbia-by-andrej-grubacic> [Accessed 21.03.2011].
- Freire, P. (1996) *Pedagogy of the oppressed*. Harmondsworth: Penguin.
- Freire, P. (1998) *Politics and education*. Los Angeles: UCLA Latin American Center Publications.
- Gramsci, A., Hoare, Q., Bordiga, A. & Tasca, A. (1977) *Selections from political writings (1910-1920)*, with additional texts by Bordiga and Tasca. Lawrence & Wishart.

- Gramsci, A., Hoare, Q. & Nowell-Smith, G. (1998) Selections from the prison notebooks of Antonio Gramsci. London: Lawrence & Wishart.
- Grdešić, M. (2008) Mapping the Paths of the Yugoslav Model: Labour Strength and Weakness in Slovenia, Croatia and Serbia. *European Journal of Industrial Relations*, 14, 133-151.
- Grubacić, A. (2010) Don't mourn, Balkanize! Essays after Yugoslavia. Oakland, California: PM Press.
- Imlinger, C. (2011) Konsumpleite: Der letzte Einkauf beim "Verein", 23.07.2011, Die Presse, http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/680421/Konsumpleite_Der-letzte-Einkauf-beim-Verein [Accessed 24.05.2011].
- Knotzer E. (2008) Vom Marktführer zur Insolvenz. Ursachen und Hintergründe für den Zusammenbruch der Konsumgenossenschaft "Konsum Österreich reg.Gen.m.b.H." im Jahre 1995. In Brazda, J. and Kühn, R. and Röbl, D. eds. Beiträge zur genossenschaftswissenschaftlichen Forschung. Proceedings der XIII. Nachwuchswissenschaftler Tagung der Arbeitsgemeinschaft genossenschaftswissenschaftlicher Institute (AGI) e.V. Working Papers / RICC, 1. Forschungsinstitut für Kooperationen und Genossenschaften, WU Vienna University of Economics and Business, Vienna., S. 109-133.
- Lazić, M. & Cvejić, S. (2010) Working class in post-socialist transformation: Serbia and Croatia compared. *CORVINUS JOURNAL OF SOCIOLOGY AND SOCIAL POLICY*, 1, 3-29.
- Polanyi, Karl (1978) *The Great Transformation: politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt/Main, Suhrkamp.
- Rubio Vega, V. (2011) *Worker-run Factories in Argentina: The Power of Labour in Redirecting Contemporary Globalization Processes. Social movement governance, the poor and the new politics of the Americas*, Tampa, University of South Florida.
- Schediwy, R. (1991): *Probleme des föderativen Verbundes der Konsumgenossenschaften in Frankreich*. Wiener Studien des Forschungsinstitutes für Genossenschaftswesen, Bd.7, Wien
- Sklair, L. (1995) Social Movements and Global Capitalism. *Sociology*, 29 (3), 495-512.
- Srećković, Milenko und Zlatić, Ivan (2011): „Deindustrialisierung und ArbeiterInnenwiderstand in Serbien“, in: Anna Leder (Hg.)

- (2011). *Arbeitskämpfe im Zeichen der Selbstermächtigung: Kollektive Gegenwehr in Frankreich, Deutschland, der Schweiz, Österreich und Serbien*, Wien: Promedia, S. 195-218.
- Stanojević, M. (2003) *Workers' Power in Transition Economies: the Cases of Serbia and Slovenia*. *European Journal of Industrial Relations*, 9, 283-301.
- Upchurch, M. (2006) *State, labour and market in post-revolution Serbia*. *Capital & Class*, 30 (2), 1-30.
- Upchurch, M. & Marinković, D. (2010) *Wild Capitalism in Post Communist Transformation: the Case of Serbia*. VI. Global Labour University Conference: *Labour and the global crisis: sharing the burden! shaping the future?*, Berlin.
- Uvalic, M. (2001) *Privatisation and corporate governance in Serbia (FR Yugoslavia)*. Vienna.
- Zlatić, I., Lasinger, S. & Vojvoda, A. (2009) *Interview with Ivan Zlatić (spokesperson of the Balkan anarchist movement Freedom Fight, Belgrade)*. Vienna: meta-D.O.N.